linKS zeitung

Informationen der Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Stadtparlament Jg. 10 2/16

KVG NETZREFORM

Neue Pläne - alles beim Alten?

Seit der Kommunalwahl ist es etwas stiller geworden um die geplante Liniennetzreform. SPD und Grüne versuchten Debatten im Rathaus, im Eingabeausschuss und in der Öffentlichkeit klein zu halten.

Argument war der Hinweis auf den laufenden Prozess und dass manche Rückmeldungen aus der Bevölkerung ja noch eingearbeitet werden sollten. Die SPD spricht sich für die Netzreform aus und lobte auch sofort den überarbeiteten Plan, gleich nachdem erste Informationen dazu veröffentlicht wurden. Die Grünen rangen sich letztendlich dazu durch, nur zuzustimmen, wenn es im Linienetz tatsächlich zu Verbesserungen käme. Dank der Proteste (1100 Eingaben direkt an die KVG, Briefe, Unterschriftenlisten, Kritik aus den Ortsbeiräten, Bürgereingaben ans Rathaus und schließlich die Demonstration Ende Februar) haben sich die Oppositionsfraktionen klar festgelegt: CDU, FDP, Freie Wähler+Piraten und von Anfang an die Kasseler Linke kritisieren, dass die Grundlage der Netzreform auf der einseitigen Orientierung auf Kosteneinsparung beruht. Genannt werden 1 Mio. Euro jährlich an Betriebskosten, die eingespart werden sollen. Es wird daher nun an den Grünen liegen, ob sie die „Rettung des Nahverkehrs“ der CDU und den anderen Fraktionen überlassen wollen.

So liegen zwar demnächst endgültig die neuen Pläne vor, die Positionen scheinen aber die alten zu sein. Und das verwundert auch kaum, wenn man sich die Überarbeitung genauer betrachtet.

Der Beteiligungsprozess krankte daran, dass die grundsätzliche Ausrichtung der Netzreform (Sparprogramm) gar nicht zur Debatte stand, sondern dass nur punktuell Kritiken berücksichtigt wurden. Dadurch gerieten Nachbesserungen zum Flickwerk einer an sich falsch angelegten Netzreform. Anfang des Jahres wurden Kritiker wie bei einem Ping-Pong-Spiel von der KVG an die Stadt, von der Stadt an die KVG verwiesen und immer wieder mit dem laufenden Prozess vertröstet. Im Herbst 2016 steht die Entscheidung an. Und so verwundert es auch kaum, dass die Nachbesserungen gerade die Linie 24 und 27 betreffen, da hier am entschiedensten und lautesten gerufen wurde. Im neuen Plan bleiben daher die Verbindungen über die Heinrich-Schütz-Allee (24) und die Brücke am Tannenwäldchen (27) erhalten. In Wehlheiden wurde mit einem Stadtteilbus etwas nachgebessert. Der Kritik aus den Bereichen Lindenberg/Forstfeld sowie Harleshausen wurde mit der Einrichtung neuer Anrufsammeltaxis begegnet.

Der Spätverkehr soll wie bisher erhalten bleiben. Dafür ist aber auch der Nachtverkehr aus dem ersten Entwurf wieder zurückgefahren worden. Insgesamt wird durch den neuen Plan also weiterhin das Angebot im Vergleich zur heutigen Situation ausgedünnt (bei den Bussen -6,4%), das Anrufsammeltaxi für bisherigen Regelverkehr eingesetzt und besonderes Augenmerk wird man im neuen Entwurf auf die Einsatzzeiten lenken müssen. Laut Nahverkehrsplan soll das Netz möglichst transparent und einfach verständlich sein, d.h. Verbindungen und Taktzeiten verändern sich nicht im Lauf des Tages und sind so leicht zu merken. Dies wird von der Netzreform nicht immer erfüllt.

Ab Mitte Juli wird die neue Vorlage in den Ortsbeiräten verhandelt. In der Zwischenzeit ist die Netzreform im Rathaus weiter Thema. Zwei Anträge der Kasseler Linken werden in der nächsten Stadtverordnetenversammlung behandelt: Der eine fordert die grundsätzliche Neuausrichtung der Netzreform, der andere eine finanziell bessere Ausstattung des ÖPNV und bezieht sich auf einen Beschluss des KVG-Fahrgastbeirates.

Ob die aktuelle Fassung der Netzreform durchgedrückt wird oder ob es gelingt, eine grundlegende Neuausrichtung der Reform durchzusetzen, hängt davon ab, ob sich weiterhin Protest artikuliert, Öffentlichkeit hergestellt wird und wie sich die Ortsbeiräte und zahlreichen Initiativen und Umweltverbände positionieren. Der Blick ist auf die grundsätzliche Frage zu lenken: „Wie wünschen wir uns öffentlichen Nahverkehr in Kassel und was ist er uns wert?“ Für die Kasseler Linke steht fest: Mobilität darf keine Frage des Geldes sein. Die Kasseler Linke setzt sich daher weiter für den Ausbau des Nahverkehrs, ein Sozialticket und langfristig für einen fahrscheinlosen ÖPNV ein. Wer mit einsteigen will, kann sich gerne direkt an die Fraktion wenden.

Violetta Bock

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

FLUGHAFEN CALDEN

Weitere Millionen für Flughafensumpf

Auch wenn die Herrschaften, die uns diesen dämlichen Flughafen eingebrockt haben, keinerlei Schuldbewusstsein zeigen - von Selbstkritik kann auch keine Rede sein - gibt es dennoch Bewegung in der Angelegenheit.

Zum einen werfen die Verletzung von Vergaberegeln und andere Unregelmäßigkeiten beim Ausbau des Flughafens einen langen Schlagschatten. Vermutlich wird hier bald, nachdem der Rechnungshof unüberhörbar Alarm geschlagen hat, die Staatsanwaltschaft aktiv werden. Falls sich die Vorwürfe bestätigen sollten, falls es also stimmt, dass mit der Begünstigung regionaler Großfirmen Millionen an Zuschüssen unnötig verbraten worden sind, werden sich sowohl die Flughafengesellschaft Kassel GmbH (FGK) als auch der damalige FDP-Minister, Herr Posch, zu verantworten haben. Er soll, damals noch Mitglied im Aufsichtsrat von Bickhardt Bau, dafür gesorgt haben, dass eben diese Baufirma und die Fa. Hermanns aus Kassel den Löwenanteil der Aufträge erhalten haben. All das ohne korrekte und vorgeschriebene öffentliche Ausschreibung. Sollte sich herausstellen, dass die Kostenexplosion von 90 auf sage und schreibe mindestens 280 Millionen Euro am Ende auch mit diesen Mauscheleien auf höchster Ebene zu tun hatte, wäre es gut, wenn sich z.B. parlamentarische Untersuchungsausschüsse der Sache noch widmeten.

Zum anderen hat die Höhe der Zuschüsse zum dauerhaft defizitären Flughafen, die nun die Steuerzahler noch für Jahre aufbringen müssen (13 Mio. Euro allein in 2014), allerorten Debatten ausgelöst. Einerseits kommt die Absurdität aller Prognosen erneut ans Tageslicht und andererseits zeigt sich, welch irre Subventionsvergleiche herangezogen werden, um das Projekt zumindest im Nachhinein noch in ein einigermaßen positives Licht zu setzen. Besonders die HNA tut sich damit hervor, selbst ja auch immer einer der Hauptgesundbeter des unsinnigen Projekts, den Tatbestand der verschleuderten Subventionen kleinzureden bzw. mit irrwitzigen Vergleichen zu rechtfertigen. Aber die Zahlen sprechen nun mal gegen das Projekt und gegen solche Vergleiche: Während in Kassel jeder Fluggast mit rund 125 Euro/Flug bezuschusst wird, erhält z.B. der Fluggast in Paderborn nur 2,60 Euro und der Fahrgast der KVG für ein Einzelticket sogar nur 55 Cent.* Und was soll der absurde Vergleich zwischen den Zuschüssen für Theater und Nahverkehr mit dem Zuschuss zum Flughafen in Calden? Eine Stadt wie Kassel kann ohne ein Staatstheater (wie auch immer die Zuschüsse dafür aufgeteilt werden) nicht existieren. Und ein Verzicht auf die Subvention des öffentlichen Verkehrs führt zum Zusammenbruch aller Mobilität, von den damit verbundenen Luft- und Umweltproblemen dann ganz zu schweigen. Der Verzicht auf den überflüssigen Flughafen dagegen führt nur zum Fortfall unnötiger, weiterer Geldverschleuderung! Einen „verschleppten" Konkurs hat der Flughafen-Irrsinn ja schon verursacht: Würde das Land Hessen die Defizitanteile der Gemeinde Calden nicht zwischenfinanzieren, hätte diese nämlich schon Konkurs anmelden müssen.

Zum dritten zeigt die Einigung in Bezug auf den Umbau des alten Flughafengeländes zum Gewerbepark zwischen Calden, Kassel und Landkreis auf der einen und dem Land Hessen auf der anderen Seite, dass die Rückstufung zum Landeplätzchen kein Spuk in ferner Zukunft, sondern vermutlich bald Realität ist. Hier musste das Land, obwohl dieses Gewerbeprojekt bei dem großen Überhang an solchen Flächen in Umgebung und Region so oder so ein neues Hochrisiko-Projekt darstellt, alle am Flughafen Beteiligten von jedem Risiko freistellen. Falls also die Rückstufung zum Landeplätzchen ggf. schon 2017 kommt (der Flughafencheck ist zwischen schwarz/grün für 2017 im Koalitionsvertrag fest vereinbart), hat das Land das bis dahin ausgegebene Geld für ein neues, von niemanden benötigten Gewerbegebiet allein am Hals! Auch bei diesem Projekt war es so wie beim Flughafen selbst: Kluge Ratschläge, so wie die der Fraktion der Kasseler Linken in der Stadtverordnetenversammlung, der Pilotenvereinigung, der Umweltverbände und der BI's verhallten ungehört. Der Unterzeichner liest schon jetzt in Gedanken die Headlines in den Zeitungen von 2019: Der Rechnungshof ist entsetzt über die gegen jeden Sinn und Verstand verschleuderten Gelder beim Ausbau des neuen, überflüssigen Gewerbeparks bei Calden!

Soweit zu diesem peinlichen Bauwerk, das zwar einigermaßen zeitplankonform fertig geworden ist, aber dennoch niemand braucht und das auch durch den Tatbestand kein bisschen weniger peinlich wird, dass man es mit dem Namen Kassel-Airport zu adeln versucht.

E. Jochum

* Bei einer Kostendeckung der KVG von ca. 80 % entfallen 55 Cent auf ein Einzelticket zu 2,80 Euro.

Fröhliche Gesichter bei den politischen Vertretern der öffentlichen Eigentümer und der Genehmigungsbehörde beim Spatenstich im März 2011.
Aktuell wird der als so dringend benötigte herbeibegutachtete Flugbetrieb im nächsten Winter wohl eingestellt. Vor einem öffentliches Eingeständnis des Scheiterns, als Basis für Maßnahmen der Schadensminimierung, drückt sich bisher die Mehrheit allerdings!

STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Transparenz und Öffentlichkeit herstellen

Das Kasseler Rathaus glich am 11. April diesen Jahres mehr einer Festung als dem Hort der vielbeschworenen „bürgerlichen Freiheit“.

Eine Hundertschaft der Polizei hatte das Gebäude umstellt, Zufahrten und Nebeneingänge zum Rathaus waren sämtlich abgesperrt. Hintergrund war die konstituierende Stadtverordnetenversammlung nach der Kommunalwahl im März. Diese hatte zwar der Kasseler Linken ein starkes Ergebnis von über 10% beschert, jedoch auch der „Alternative für Deutschland“ (AfD) den Einzug ermöglicht. Offensichtlich war die Angst im Rathaus groß, dass sich Teilnehmer*innen der zeitgleich vor dem Rathaus stattfindenden Kundgebung gegen die AfD erdreisten könnten, ihren legitimen Protest gegen die menschenfeindliche Politik dieser rechtspopulistischen Partei auch auf die Zuschauerempore zu tragen.

Zur Sicherung eines ungestörten Ablaufs wurden geltende Grundsätze, allen voran die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, über den Haufen geworfen. Die zuvor verteilten Einlasskarten erwiesen sich als pseudodemokratisches Feigenblatt: Einzelnen Besuchern wurde ohne Nennung von Gründen der Eintritt (trotz Einlasskarte) verweigert, Taschenkontrollen wurden durchgängig durchgeführt, Personalausweise waren vorzuzeigen. Die Besucherempore selbst war von Sicherheitskräften nochmals umstellt. Die Polizei filmte einzelne Besuchergruppen von Beginn an, es herrschte eine unangemessen angespannte Atmosphäre. Als dann Aktivist*innen Transparente am Geländer entrollten, wurden sie mit Gewalt von der Tribüne entfernt, peinlichst durchsucht und eine halbe Stunde mit dem Rücken zur Wand festgehalten, ihre Personalien wurden aufgenommen.

Die Fraktion der Kasseler Linke solidarisierte sich auf der Sitzung mit dem Protest und hielt Schilder hoch, die den rassistischen, frauenfeindlichen und neoliberalen Charakter der AfD thematisierten.

Die auf Abschreckung ausgelegte Taktik der Verantwortlichen macht ein fragwürdiges Verständnis von öffentlicher demokratischer Teilhabe deutlich. Trotz anderslautender Zusicherung des Büros der Stadtverordnetenversammlung blieben viele Plätze auf der Empore unbesetzt. Kein Einsehen der Verantwortlichen auch auf der konstituierenden Sitzung der Ausschüsse am 18. April: Ein Antrag der Kasseler Linke, von dieser Praxis Abstand zu nehmen, wurde mit den Stimmen von AfD, CDU, SPD und GRÜNE abgelehnt.

Schikanen bleiben

Mit dem Rückenwind dieser vorhergehenden Entscheidung versuchte das Büro der Stadtverordnetenvorsteherin diese Praxis in einen Beschluss der Stavo zu gießen. Es ist auch dem Protest der Kasseler Linke zu verdanken, dass noch weitergehende Verschärfungen, wie das Mitführen von Getränken, des Abschaltens von Mobilfunkgeräten oder die Verweigerung des Zutritts von Zuschauern nach Gesichtskontrolle des Sicherheitsdienstes verhindert wurde. Die Kasseler Linke lehnt jegliche Einschränkung der Öffentlichkeit politischer Gremien ab.

An den Ereignissen vom 11. April zeigt sich augenscheinlich, wie die Stadt Kassel versucht, Öffentlichkeit und gesellschaftliche Teilhabe auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Dass sich andere Fraktionen und Magistrat in Kassel nicht gerne in die Karten schauen lassen, zeigt sich jedoch auch an anderer Stelle.

Gegen den Widerstand der etablierten Fraktionen hat die Kasseler Linke lange dafür gekämpft, Film- und Tonaufnahmen aus den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen zu ermöglichen. Dies ist jetzt auch Dank des Engagements zivilgesellschaftlicher Institutionen möglich. Diese direkt durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen und in das Informationssystem der Stadt zu stellen - bislang Fehlanzeige!

Öffentlichkeit herstellen bei der Veräußerung oder dem Ankauf von städtischem Grundbesitz: Die Kasseler Linke spricht sich gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit auch bei der Behandlung von Grundstücksangelegenheiten aus.

Die Auslagerung von Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge in kommunale Unternehmen mit privatrechtlichen Rechtsformen, wie GmbH, minimiert den Einfluss der gewählten kommunalen Vertretung. Politisch gewollt geht damit auch ein Mangel an Transparenz und demokratischer Kontrolle einher. Bürgerinnen und Bürger erhalten erst recht keine Informationen. Die Strukturen öffentlicher Unternehmen sind zu demokratisieren, privatrechtlich organisierte kommunale Unternehmen in die Struktur der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen.

Die Kasseler Linke setzt sich dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Bevölkerung offen sind. Beteiligungsverfahren wie bei der (bereits erfolgten) Einführung der Inklusion in Kassel oder bei der Neubewertung des ÖPNV-Angebots müssen mittels gezielter persönlicher Ansprache vor Ort in Stadtteilbüros, Einwohnerversammlungen, in Vereinen, unter Einbeziehung von Beschäftigten-, Behinderten-, Verkehrs- und Umweltverbänden erfolgen.

Simon Aulepp

Einlasskontrolle durch die Polizei am 11.4.16. Nicht allen, die die öffentliche Sitzung besuchen wollten, wurde Zugang gewährt.

Die Arbeit der neuen Linken Fraktion

Der bürgerliche Parlamentarismus in seinen vielen Spielarten ist nicht nur eine Errungenschaft aus der Auseinandersetzung mit feudalen Machtverhältnissen und alles andere als ein Geschenk (vielmehr hart erkämpft!), sondern auch – wenn man sich ernsthaft daran beteiligt - eine ganze Menge zeitraubender Arbeit. Vor allem natürlich dann, wenn man sich als kleine Oppositionspartei den Wähler*innenauftrag zu Herzen nimmt.

Bei der Wahl vom März diesen Jahres waren sich die Wähler*innen der Kasseler Linken sicher bewusst, dass die inzwischen auf 7 Sitze angewachsene Fraktion diese nicht zum Ausruhen nutzen will, vielmehr zum Druck ausüben auf die immer noch die Geschäfte führende Koalition aus SPD und Grünen. Mit dem kleinen, aber gewichtigen Unterschied, dass diese Koalition für die kommenden Jahre keine Mehrheit mehr hat, was Spielräume eröffnet und neue Formen der Opposition ermöglicht, wenn sich alle anderen dieser neuen Spielräume bewusst sind. Noch ist es aber zu früh zu prognostizieren, wie die kommenden Jahre – wenn es denn überhaupt beim Regieren mit wechselnden Mehrheiten bleibt – laufen werden. Es spricht aber einiges dafür, dass es interessant wird.

Ganz unabhängig von solchen eher grundsätzlichen Überlegungen hat sich die neue, gestärkte und verjüngte Fraktion gleich in die Vollen gestürzt und die Arbeit in all den neu besetzten Gremien und Ausschüssen aufgenommen. Von den zahlreichen Presseerklärungen, Anfragen und Anträgen, mit denen die neue Fraktion nach innen und nach außen signalisiert hat, dass man mit ihr rechnen muss, sollen hier nur einige wenige erwähnt werden. Denn die Zahl der Aktivitäten der Fraktion geht schon jetzt, nur 3 Monate nach der Wahl, weit darüber hinaus, als dass sie hier noch vollständig aufgezählt werden könnten.

Insgesamt 20 Presseerklärungen hat die Fraktion schon formuliert und sich dabei u.a. eindeutig und klar von der AfD und ihren politischen Inhalten distanziert. Die Fraktion hat sich außerdem solidarisch erklärt mit den Kolleg*innen von Bombardier. Ganz besonders eindeutig – auch im Hinblick auf die theoretisch ja mögliche Zusammenarbeit mit SPD und Grünen (zusammen ergäbe sich eine ausreichende Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung) – hat die Fraktion erklärt, dass mit der Kasseler Linken nur eine soziale und ökologische Kommunalpolitik jenseits von Sparzwängen und sozialem Kahlschlag möglich ist. Der Kasseler Linken ist auch daran gelegen, dass die Parlamentssitzungen leicht und unkompliziert für jedermann zugänglich sein müssen: Wer, wenn nicht die Wähler*innen, dürfen den Gewählten beim Regieren auf die Finger schauen? Klar und eindeutig sind auch die Positionen der Linken zu den Forderungen an das Sanierungskonzept der KVG: Finger weg von jedweden Einschränkungen beim öffentlichen Verkehr, weil sich das aus Umwelt- und sozialen Gründen schlicht verbietet.

Oft beschäftigen sich die Anfragen und Anträge der Fraktion mit nahezu denselben Themen wie die Presseerklärungen. Erwähnt werden soll hier nur die Anfrage zum Flughafen Kassel-Calden, die sich mit den erneuten Kostensteigerungen und den seltsamen Vergabeverfahren beim Neubau des Flughafens befasst, die Aufforderung an den Magistrat, sich bei den öffentlichen Arbeitgebern für eine gute und faire Entlohnung der städtischen Bediensteten einzusetzen und die Bedingungen eines Ankaufs des Hauses Mombachstraße 47 zu untersuchen.

Kassel kann's ...

Das von uns in der letzten Ausgabe, in einer eigens kreierten neuen Rubrik, gelobte große Straßenumbau Projekt - Goethestraße/Friedrich-Ebert-Straße – hat zurecht den Reigen von Erfolgsgeschichten in Kassel eröffnet. Wir würdigen es hier erneut mit einem das Kompliment unterstreichenden Foto auf der Seite 1: Dieses Mal mit dem schon zarten Grün der Amberbäume, die in Zukunft das Bild der Straße noch deutlicher prägen werden. Das neue Grimm-Museum nehmen wir als zweites Projekt auf in diese Reihe, weil sowohl die gelungene Architektur in idealer Lage als auch das ganz offensichtlich einzigartige Ausstellungskonzept zu einem durchschlagenden Publikumserfolg geworden sind. Das neue Museum hat offensichtlich ein Bedürfnis erfüllt und den Geschmack vieler Menschen getroffen. Vom Erfolg profitiert die ganze Stadt. Die Grimmwelt trägt mit zu höheren Sympathiewerten für die ganze Stadt bei. Die Treppe, der Blick über die Südstadt und das offensichtlich die Neugier vieler Besucher*innen weckende Konzept über das weitreichende Wirken der Gebrüder Grimm – ein kleiner Geniestreich. Warum die Verantwortlichen der Stadt aber partout nicht einsehen wollen, dass die sog. große Kultur - wie Theater, Museen, documenta etc. – nicht das alleinige Standbein sein kann und darf, das trübt das Lob für die Grimmwelt etwas ein. Eine Stadt braucht beides: Hochkultur und gleichzeitig eine ebenso großzügig unterstützte und wertgeschätzte kulturelle Vielfalt von unten.

Eckhard Jochum

KULTUR VON UNTEN

Subkultur - Verdrängung aus Altbauten

Die junge und freie Kulturlandschaft in Kassel hat in den letzten Jahren herbe Rückschläge erlebt.

Viele Initiativen und Gruppen haben ihre Heimat verloren. Dies geschah meist nicht aus deren eigenem Verschulden, sondern vor allem wegen Stadt- und Immobilienmarktentwicklungen, politischer Entscheidungen sowie stark steigenden Miet- und Immobilienpreisen. Zu nennen wären hier die „Kulturfabrik Salzmann“ (Bettenhausen), die „Ladestraße Nord“ inkl. des Clubs „Batterie“ (Hauptbahnhof), das „Kulturzentrum Karoshi“ (Gießbergstraße), die „Station 15“ (Goetheanlage) und der „Trafo“ (Lutherplatz). Erst vor kurzem hat das seit 23 Jahren im Stadtteil verankerte HAUS in der Mombachstraße seine Türen für immer geschlossen. Der aktuelle Eigentümer hat kein Interesse an einer Weiterführung des Mietvertrags und versucht nun wirtschaftlich attraktivere Mieter für seine Immobile zu gewinnen. Der Club „Unten“ wird Ende Juni schließen, ohne Aussicht auf einen neuen Standort. Das Netzwerk Hammerschmiede auf dem Henschelgelände, u.a. mit der Skatehalle „Mr. Wilson“, welche in den letzten Jahren gleich mehrfach umziehen und von vorne anfangen musste, steht aktuell auch auf wackeligen Beinen, weil Mietvertragsverhandlungen zäh verlaufen. Ohne langfristigen Mietvertrag entgehen diesen Projekten wichtige Fördermittel von Land, Bund und der EU, was wiederum zu finanziellen Problemen führt.

Speziell die lokalen Kulturprojekte sind für eine Stadt und auch für den Stadtteil, in dem sie verortet sind, ein wichtiges Bindeglied der verschiedenen im Stadtteil lebenden Menschen. Die freie Szene in Kassel unterscheidet sich elementar von den großen Kultureinrichtungen der Stadt, denn sie organsiert sich ehrenamtlich, unkommerziell und unabhängig. Solche Projekte sind wichtig, da sie niedrigschwellige Kulturangebote bieten.

Leider gibt es immer wieder Probleme mit den Standorten der Initiativen, da finanziell potentere Akteure, speziell in aufstrebenden Stadtteilen, diese verdrängen. Liegenschaften der Stadt sind, laut Kulturdezernent Hilgen, leider nicht geeignet, um sie der jungen Kunstszene zur Verfügung zu stellen. Da der Kulturdezernent gleichzeitig auch Oberbürgermeister der Stadt ist, hat er gleich die Finanzen im Blick und bedauerte, dass Ankauf oder Pacht neuer Liegenschaften, die dann der freien Kulturszene zur Verfügung gestellt werden könnten, finanziell nicht möglich sei.

Im Falle der Kulturfabrik Salzmann, des Henschelgeländes sowie des HAUSes greift auch der Denkmalschutz der Gebäude. Durch Ankauf könnte die Stadt verhindern, dass private Eigentümer den Denkmalschutz umgehen und so die wenigen historischen Gebäude der Stadt schützen. Das Debakel der Kulturfabrik Salzmann, welches auf Grund von wirtschaftlichen Interessen und politischen Fehlentscheidungen zu einem Negativbeispiel wurde, ist noch in schlechter Erinnerung. Die denkmalgerechte Nutzung der Gebäude sollte vor finanzielle Interessen gestellt werden.

Die Kasseler Linke fordert die Stadt auf, unverzüglich freie Räume an Initiativen und Vereine abzugeben und bei Mietvertragsverhandlungen ihre Position zu Gunsten der Nutzer*innen zu verwenden.

Spekulationsobjekt Henschelgelände Kesselschmiede: Kaum notwendige Bauunterhaltung, befristete Mietverträge, Massiver Leerstand und Abweisung von interessierten Mietern.

Die Unterstützung und der Erhalt, einer freien nichtkommerziellen Kulturszene in Kassel ist ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Kulturpolitik.

Ungeachtet einer möglichen Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2025 braucht Kassel eine lebendige junge und freie Szene, die das Leben für junge Menschen in der Stadt lebenswert macht.

Stephanie Schury

Baustelle HAUS in der Mombachstraße

LANDESIMMOBILIE

Wohnen statt großflächigem Parken

Man spricht über den Umzug der Justiz in das Gebäude des ehemaligen Finanzamtes in der Goethestraße.

Über Umzüge von Landesdienstellen und -institutionen in Kassel wird ja allszus, viel und immer gesprochen. Es ist auch aus kommunaler Sicht nichts gegen einen solchen Umzug einzuwenden. Aber man spricht auch darüber, dass sich das Land diesen Umzug so vorstellt, dass auf dem Grundstück direkt daneben eine – ggf. ebenerdige – Parkplatzorgie mit ungefähr 80 Stellplätzen stattfinden soll, damit jeder Justizbeamte sein vom Fahr- zum Stehzeug mutierendes Auto brav abstellen kann. Mit unserem Plazet wird das so aber nicht über die Bühne gehen: Allein der Gedanke daran, dass nun, nachdem die Stadt sich aufgemacht hat, diesen intakten und mit nur wenigen Nachkriegsbausünden belasteten Bereich des Kasseler Westens nach historischen Vorbildern für alle Verkehrsteilnehmer*innen erfolgreich und aufwändig umzubauen, ein Parkhaus diesen Umbauprozess krönen soll, lässt schaudern. Nach dem Gelingen eines in die richtige Richtung weisenden Straßenumbaus nun ein großes, hoch attraktives Grundstück in eine Blechwüste zu verwandeln, ist kein akzeptables planerisches Ziel.

Das sollte auf jeden Fall verhindert werden. Deshalb haben wir einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für diesen Bereich beantragt mit dem Ziel, sowohl ebenerdiges Parken wie auch eine pure Tief- oder Hochgaragenlösung (Parkhaus) zu verhindern. Vielmehr soll die Stadt in diesem Fall klar und deutlich kundtun, was sie sich aus kommunaler Sicht an dieser bedeutsamen Stelle der Stadt vorstellt. Das Ziel sollte unseres Erachtens sein, eine der städtebaulichen Bedeutung des Ortes gerecht werdende anspruchsvolle Architektur zu entwickeln, die möglichst aus einem Wettbewerb hervorgeht. Zum anderen sollte, weil das dringend (und nicht nur hier!) gebraucht wird, günstiger, öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen werden. Teils müssen diese städtebaulichen Zielsetzungen über den angesprochenen Bebauungsplan festgesetzt werden, teils müssen sie in (selbstbewussten) Gesprächen mit den Stellen des Landes durchgesetzt werden.

Verständnis haben wir dafür, dass das Land auf dem ihm gehörenden Nachbargrundstück seine elementaren Stellplatzprobleme lösen möchte. Eine Lösung sollte jedoch mit den Interessen der Stadt kompatibel sein. Auf keinen Fall so, wie bei vielen anderen Projekten, die in Kooperation zwischen Stadt und Land entstanden sind und wo es all zu oft für die Stadt zu schlechten Kompromissen kam. Hier, im Herz des Westens, darf es keine so schlechten Lösungen wie am Fuldaufer mit dem sog. Finanzdienstleistungszentrum oder am Lutherplatz mit dem Bürogebäude für das Regierungspräsidium geben. Wir haben es nicht vergessen: Jedes Mal haben sich dort der Magistrat, die (regierenden) Fraktionen und die Stadtverordnetenversammlung vom Land über den Tisch ziehen lassen. Deshalb hat die Stadt nun an zwei mehr als markanten Stellen äußerst suboptimale Ergebnisse, die beide in allererster Linie damit zu tun haben, dass dem Land gegenüber die städtischen Interessen nicht klar und deutlich vertreten worden sind.

Natürlich kann in einem Abstimmungsprozess parallel zum B-Plan-Verfahren auch eine vernünftige Lösung für die Parkplatzsorgen des Landes resp. der dort später arbeitenden Justizangestellten gefunden werden. Sofern es um sinnvolle, im Rahmen bleibende Ansprüche geht, d.h. um Stellplätze für Behinderte (Besucher und Beschäftigte) und um eine bestimmte Anzahl von Dienstfahrzeugen. Alle darüber hinausgehenden Forderungen darf die Stadt nicht zulassen. Der Verweis auf den öffentlichen Verkehr und das Jobticket soll hier genügen. Die aufgeführten Stellplatzansprüche können leicht befriedigt werden – je nach Gebäudetyp im Untergeschoss oder sogar ebenerdig. Der entscheidende Punkt ist jedoch die eigentliche Nutzung des Gebäudes: Und genau hier darf sich die Stadt nicht vorschreiben lassen, was das zu sein hat. Nämlich WOHNEN! Sie hat die gesetzgebende Kompetenz auf diesem Sektor der Politik, denn ein Bebauungsplan ist nichts anderes als ein kommunales Gesetz. Hier hat die Stadt die Hosen an und in Anbetracht der Bedeutung einer guten städtebaulichen Lösung an dieser Stelle sollte die Stadt entsprechende Vorgaben treffen, die in ihrem Interesse und dem der Bewohner*innen der Stadt liegen.

Eckhard Jochum

Zwischen dem neuen Gerichtsstandort in der Goethestraße und dem Wohnhaus in der Germaniastraße fehlt ein Wohnhaus. Stattdessen wird über noch mehr (Park)platz für Autos im sehr gut mit dem ÖPNV erschlossenem Westen geredet. Ein Jobticket wie für die Landesbeschäftigten der Uni oder des RP könnte helfen, Platz für günstige Wohnungen zu schaffen.

STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

Nach der Kommunalwahl in Kassel

Die letzten Wahlen haben die parlamentarische Szenerie in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung aufgemischt und grundlegend verändert. Die Wähler*innen haben sich unmissverständlich für eine neue Zusammensetzung ihres Parlaments ausgesprochen. Das hat nicht nur mit dem (erwarteten) Einzug der AfD zu tun, sondern mit vielen anderen Faktoren darüber hinaus.

Alle Parteien verlieren nicht nur Wähler*innen, sie verlieren vielmehr die Bindung zu ihren Wähler*innen – und/oder umgekehrt. Und so kommt's, dass die bei den nächsten Wahlen schlicht das genaue Gegenteil wählen können. Die SPD, um mit der alten Tante zu beginnen, befindet sich seit Jahren in einem desolaten Zustand und das nicht nur in Kassel. Hier aber ganz besonders seit 1993. Das hängt mit ihrem arroganten und selbstherrlichen Politikstil zusammen und nicht zuletzt mit dem damaligen Absturz nach der unsäglichen dreifachen Verfehlung (der Erhebung einer Bier- und Getränkesteuer, dem arroganten Treppenwitz auf dem Königsplatz und der großen Lollie-Coladosen-Aktion zur Verkehrsberuhigung), von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Die CDU würde es gerne besser machen, hat aber weder inhaltlich noch personell seit dem Rausschmiss von Holler auch nichts zu bieten. Die Grünen sind stark und teils - durch Kretschmann und andere Effekte – richtig im Kommen. Auch wenn sie im Prinzip bei diesen Wahlen in Kassel wieder da angekommen sind, wo sie – Fukushima-bereinigt – hingehören, sind und bleiben sie ein wichtiger Faktor in der Politik. Dass sie der SPD ihre Haut nicht deutlich teurer verkauft und nichts Eigenes, wirklich Substanzielles durchgesetzt haben in den vergangenen 5 Jahren (wenn man vom Erhalt der beiden Sitze im Magistrat mal absieht), hat - neben dem Fehlen eines kollabierenden AKW's - zum aktuellen, niedrigeren Ergebnis der Grünen beigetragen. Die Grünen sind die neue FDP, deren Verbleib in den bundesdeutschen Parlamenten ja alles andere als sicher ist. Piraten und ähnliche Parteien oder Grüppchen kommen und gehen, sowieso.

Die Kasseler Linke gehört, und das „zurecht", zu den Gewinnern der letzten Wahl. Mutig, ideenreich und fleißig, oft in Verbindung mit außerparlamentarisch zum Ausdruck gebrachter Unzufriedenheit, hat sie – mit einer riesigen Zahl von Anträgen, Anfragen, Presseerklärungen und Artikeln in dieser Zeitung hier – die Stimme erhoben für die vielbemühten kleinen Leute und gegen viele von der rosa/grünen Koalition ausgeheckten Unsinnigkeiten, Ungerechtigkeiten bzw. Unterlassungen. Der Platz, um das auch nur annähernd vollständig aufzuzählen, ist schlicht nicht vorhanden.

Die AfD hat so abgeschnitten, wie es die meisten erwarteten. Eine Mischung aus Fehlern der großen Parteien bei dem, was man gemeinhin als Flüchtlingsfrage bezeichnet, ein im Prinzip immer schon vorhandener Bodensatz an völkischem und rassistischem Denken vereint mit einer mehr oder weniger begründeten Angst vor sozialem Absturz, haben zu diesem Wahlergebnis beigetragen. Die Partei, die im Westen und im Osten vollkommen unterschiedlich auftritt und agiert, hat deshalb auch ganz unterschiedliche Wähler hinter sich versammelt. Aber auch wenn es heute mit der AfD die Falschen sagen: An einer großen gesamtgesellschaftlichen Debatte, in allen Parteien und Gruppierungen um den Islam, kommt niemand mehr vorbei. Natürlich hat die übergroße Mehrheit der Muslime in Kassel und andernorts nichts zu tun mit Islamismus und Terror - sie sind zum Teil selber Opfer. Aber alle Terroristen berufen sich auf den Islam und entsprechende Textstellen im Koran. Das zu verschweigen führt nicht wirklich weiter. Neue Denkansätze müssen her, sonst können aus dieser Unterlassung wahrhaft große Probleme erwachsen.

Dass die SPD nun, da es zu keinen stabilen Mehrheiten für eine entsprechende, bei den SPD-Chefs Zufriedenheit auslösende Koalition gekommen ist (über eine rechnerisch mögliche rosa-rot-grüne Kooperation wollte niemand ernsthaft sprechen, weil man auf der Basis derart unterschiedlicher Politikkonzepte nicht wirklich kooperieren kann), wird nun mit wechselnden Mehrheiten regiert. Führte das, wie wir es schon öfter vorgeschlagen hatten, zu einem Wettstreit der besten Konzepte: Diesen Wettstreit hätten wir nicht zu fürchten. Es steht allerdings zu befürchten, dass es in Kassel schlicht so weiter geht wie bisher. Der bisher verantwortliche politische Kern aus ausgemergelter, ideenloser SPD und duckmäuserischen Grünen wird das politische Geschäft weiter führen. Mal darf die, mal jene kleine Wählergruppe, vielleicht sogar auch mal der Ex-SPD'ler mit seiner „Demokratie erneuern"-Gruppe seine Stimme mit in die Waagschale werfen: Es wird im Prinzip bei rosa/grün bleiben. Mit der Kasseler Linken wird man genau so wenig reden (wenn's um Entscheidendes geht) wie mit der AfD. Also: Es bleibt wie es ist, erst mal.

E. Jochum

Kommunalwahlen am 6. März 2016

Mobilität für alle.
Alle Linien erhalten.
Sozialticket jetzt.

KASSELER LINKE

NordstadtLinke laden ein

Wir sind dynamische, junge Menschen (zwischen 18 und 100 Jahren), die das Leben in der Nordstadt lebenswerter und schöner gestalten möchten. Wer hat Lust es mit uns umzusetzen?

Wir sprechen vor allem junge und jung gebliebene Menschen an. Viele Ecken in der Nordstadt sind von Müll und Trostlosigkeit gekennzeichnet. Die Feinstaubbelastung und steigende Mieten, sind Probleme die politisch gelöst werden müssen.

Elan, Ideen und soziales Einfühlungsvermögen sind gefragt.

Lasst uns enger zusammen rücken und für mehr Lebensqualität in unserem Kiez streiten.

Die Nordstadtlinke trifft sich monatlich, jeden zweiten Mittwoch, um 19:30 Uhr, im Parteibüro DIE LINKE, Schillerstr. 21, 34117 Kassel

Kontakt: nordstadtlinke@kasseler-linke.de

Sozialkompass weiter verfügbar

Der Sozialkompass versteht sich als alternativer Stadtführer für Menschen mit wenig Geld. Er soll eine unbürokratischere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erleichtern. Die Kasseler Linke sieht dieses Projekt als eine Ergänzung zu ihrem politischen Engagement im sozialen Bereich, wie z.B. den seit Jahren andauernden Aktivitäten für ein Sozialticket in Kassel oder für einen Kasselpass/Sozialpass. Die Bröschüre wird von Beratungsstellen, Zentren und Projekten verteilt. Sie kann im Fraktionsbüro der Kasseler Linken unter der Telefonnummer 0561-7873315 oder per Mail info@sozialkompasskassel.de bestellt werden. Im Büro DIE LINKE in der Schillerstr 22 und vor dem Fraktionsbüro im Rathaus Kassel liegt der Sozialkompass zum Mitnehmen aus. Die Onlineversion https://sozialkompass-kassel.de bietet mehr Informationen und auch einige auf Türkisch, Französisch und Englisch

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass

7. aktualisierte Auflage

Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

KASSELER LINKE

Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Terminkalender

Treffen, Veranstaltungen, Aktionen, Demos...

Jeden Donnerstag 14- 16 Uhr BürgerInnensprechstunde
Tips rund um Soziales und ALG II
Fraktionsbüro Rathaus Zimmer W 25 nicht in den Schulferien

Jeden Dienstag 14.30 - 16 Uhr Hartz-IV–Beratung
mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs
Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Jeden zweiten Mittwoch im Monat 19:30 trift
sich die Nordstadtlinke in der Schillerstraße 21

Aktuelle Termine findest Du unter
www.kasseler-linke.de/termine

Impressum

linKS zeitung

Herausgeber: Fraktion Kasseler Linke
ViSdP: Norbert Domes
Red: Eckhard Jochum
Schillerstrasse 21 , 34117 Kassel
Tel 0561 787 3315,
E-Mail kontakt@Kasseler-Linke.de
www.kasseler-linke.de
Auflage: 8.000
Druck: Grafische Werkstätten
Layout: Leonie Blume, Jann Hellmuth

DIE LINKSZEITUNG

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiterzuverwenden.